

absorbieren, werden in diesem Zusammenhang nicht genannt: Die OPEC-Länder und ihre Politik sind für China tabu!

Am Vorabend der Cancun-Konferenz hatte der Gastgeber, Mexicos Präsident Portillo, sich einige Vorstellungen der Nord-Süd-Kommission Willy Brandts zugeigen gemacht und folgende Forderungen erhoben:

- die Anhebung der staatlichen Entwicklungshilfe der Industrieländer auf 0,7% des BSP bis 1985 und auf 1% bis zum Jahr 2000;

- internationale Abkommen zur Sicherung der Energieversorgung und zur Schaffung alternativer Energiequellen;

- Schaffung eines Nahrungsmittelfonds für die l.d.c.-Länder;

- Handelserleichterungen für Produkte aus den "Süd"-Staaten;

- mehr Mitentscheidungsrechte der Dritten Welt in der Weltbank und beim IMF.

China macht vor allem die USA dafür verantwortlich, daß solche Forderungen sich nicht einmal im Ansatz durchsetzen konnten. Nach Meinung der USA seien die Forderungen der Entwicklungsländer nach Herabsetzung der Handelsschranken, der Erhöhung ihrer Warenpreise, der Aufstockung der Entwicklungshilfe und der Reform des Internationalen Währungsfonds "unrealistisch und wertlos". Eine Entwicklungshilfequote von 0,7% des BSP der Industrienationen laufe auf eine "internationale Steuer ohne organisatorische Struktur" hinaus. Eine Erhöhung des Stimmenanteils der Entwicklungsländer in den internationalen Wirtschaftsorganen bedeute letztlich "mehr Stimmrecht ohne höhere Beiträge". Die amerikanische Formel laute "trade not aid". Zu diesem Zwecke sollten die Entwicklungsländer "ermutigt werden, Maßnahmen zur Beschränkung ausländischer Investitionen aufzuheben". Die USA betrachteten die Entwicklungsländer als Almosenempfänger und als Völkerschafoten, die "kostenlos zu Mittag essen möchten".

Die USA vergäßen wohl, daß die Entwicklungsländer nicht nur Jahrhunderte hindurch kolonial ausgepreßt worden seien, sondern daß beispielsweise auch das Aufblühen der Industrienationen in den sechziger Jahren mit Hilfe billiger Brenn- und Rohstoffe vonstattengegangen sei, die die Entwicklungsländer geliefert hatten. Ferner übersähen sie, daß die jährlichen Profite aus Direktinvestitionen und Kreditzinsen, die die Industriestaaten von den Entwicklungsländern erhalten, doppelt so hoch seien wie die jährliche offizielle Entwicklungshilfe, die von ihnen gegeben würde - ganz abgesehen davon, daß diese "offizielle Entwicklungshilfe" z.T. aus Exportkrediten besteht. Könnten die USA im übrigen nicht begreifen, daß 75% des von den Industrieländern benötigten Öls aus Entwicklungsländern und 60% der wichtigsten landwirtschaftlichen und Bergbauprodukte ebenfalls von dort her stammten? Selbst die USA, die mit Ressourcen gesegnet seien, bestritten 40% ihres Ölbedarfs durch Importe. Von 13 industriellen Basisrohstoffen, die in Ameri-

ka verbraucht würden, müsse über die Hälfte importiert werden. Was die Warenabsatzmärkte anbelange, so steige der Anteil der Entwicklungsländer an den Gesamtexporten der Industriestaaten: so z.B. zwischen 1971 und 1979 zugunsten der USA von 29,6% auf 33,8%, zugunsten der EG von 14,2% auf 21% und zugunsten Japans von 40,9% auf 45% (6).

Schnitten sich die USA nicht am Ende in die eigene Hand, wenn sie mit der törichteren Ablehnung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung und vor allem der Vorschläge der Brandt-Kommission fortführten?

Aus chinesischer Sicht hätte es in Cancun eigentlich keinen Sieger da oder dort, sondern nur einen gemeinsamen Sieg aller Beteiligten im Interesse der gemeinsamen Weltwirtschaft geben dürfen. Doch wie die Dinge nun einmal liefen, brachte auch dieses große Treffen der Regierungschefs kaum konkrete Ergebnisse.

Unter diesen Umständen blieb nichts anderes übrig, als eine Süd-Süd-Konferenz anzuberaumen, bei der sich wenigstens die Entwicklungsländer untereinander auf neue Kooperationsformen einigen sollten.

3. Die Süd-Süd-Konferenz von Neu-Delhi

In der überkommenen Wirtschaftsstruktur vollzieht sich der wirtschaftliche Austausch immer noch in der Regel zwischen den Staaten der Dritten Welt auf der einen und den Industriestaaten auf der anderen Seite, obgleich es doch aufgrund geographischer Nähe, kultureller und sprachlicher Verwandtschaft und gleichgelagerter Probleme der Wirtschaftsentwicklung eigentlich viel näher läge, die wirtschaftliche Integration und Kooperation zwischen den "Süd"-Staaten einer oder mehrerer Regionen zu entwickeln. Vor allem die ASEAN-Staaten sind hier mit gutem Beispiel vorangegangen, wemgleich zuzugeben ist, daß auch zwischen diesen fünf - meist rohstoffreichen - Wirtschaftseinheiten die Probleme noch lange nicht gelöst sind.

a) Möglichkeiten der Süd-Süd-Kooperation: Theorie und Praxis bei den ASEAN-Ländern

Theoretisch ist eine Zusammenarbeit zwischen Süd-Süd-Ländern auf vier Ebenen denkbar - beim Handel, bei der Produktion, bei der Schaffung regionaler Multis und im außenwirtschaftlichen Bereich.

- Beim Handel kommen drei Instrumente in Betracht, nämlich gegenseitiger Zollabbau, gemeinsamer Außenzoll und Abstimmung beim Rohstoffverkauf. Zu einer Zollunion nach dem Vorbild der EG haben es die ASEAN-Staaten zwar noch nicht gebracht, wohl aber zur Senkung oder Aufhebung von Zöllen auf bestimmte Warengruppen im intraregionalen Handel durch Abschluß von PTA-Abkommen (Preferential Trading Agreements: Einräumung von gegenseitigen Handelsvorrechten). Was die Abstimmung hinsichtlich der Rohstoffverkäufe anbelangt, so einigen sich die ASEAN-Länder hier in erster Linie nicht multilateral, sondern bilateral mit ihren wichtigsten Abnehmern (z.B. Kautschuk-Abkommen zwischen Malaysia

und Japan etc.); zu einem Rohstoffproduzenten-Kartell und zu einem gemeinsamen Rohstoffmarketing haben es die ASEAN-Staaten bisher noch nicht gebracht.

- Zusammenarbeit in der Produktionsarbeit kommt eigentlich nur bei industriellen, kaum also bei landwirtschaftlichen Produkten in Betracht. Soweit für den Export produziert wird, lassen sich gemeinsame "Sonderwirtschaftszonen" errichten. In der Praxis sind hier allerdings im ASEAN-Bereich vorerst nur nationale, noch nicht jedoch gemeinsame Regionalprojekte entstanden. Die Zusammenarbeit bei der binnenwirtschaftsorientierten Industrialisierung ist in zweifacher Weise denkbar, nämlich durch Errichtung zentraler Industriekomplexe oder aber durch die Vereinbarung einer dezentralisierten - sog. "Komplementärproduktion" in den verschiedenen Ländern. Höchst ehrgeizig versucht sich die ASEAN seit 1976 an beiden Möglichkeiten:

Einerseits wird nämlich z.Zt. in jedem der fünf Mitgliedstaaten jeweils ein Großprojekt errichtet, das auch gemeinsam zu finanzieren ist (z.B. ein Stickstoffwerk in Indonesien etc.), andererseits werden Ergänzungsproduktionsvorhaben auf privatwirtschaftlicher Ebene gefördert. Im Rahmen dieser sog. "AIC (ASEAN Industrial Complementation)-Vereinbarungen" soll z.B. ein Land die Produktion von Dieselmotoren, das andere von Baumaterialien, Büromaschinen oder Chemikalien und ein weiteres Land von Plastikmaterialien, Trockenbatterien etc. übernehmen. Diese "Arbeitsteilung" setzt freilich präzise Abstimmung und außerdem eine Zurückstellung nationaler Egoismen voraus. Schon ist es hier zu ersten Schwierigkeiten gekommen, nachdem beispielsweise Indonesien die Herstellung von Dieselmotoren nicht - wie ursprünglich vereinbart - allein der Industrie von Singapur überlassen, sondern hier selbst mitmischen will.

- Der dritte theoretisch denkbare Weg, nämlich die Bildung von multinationalen Gesellschaften im ASEAN-Bereich, ist bisher kaum beschritten worden. Denkbar wären z.B. gemeinsame Tochterbildungen, die Schaffung neuer Unternehmen, die Verschmelzung bereits bestehender Unternehmen, die Herausbildung von Holding-Gesellschaften etc.

- Eine vierte Ebene der Süd-Süd-Zusammenarbeit schließlich wäre ein Zusammenrücken auf kulturellem und währungspolitischem Gebiet (z.B. die Gründung einer gemeinsamen ASEAN Finance Corporation oder gar einer Währungsunion), der Aufbau gemeinsamer Dienstleistungsbetriebe (Reedereien, Tourismuseinrichtungen, Fluggesellschaften etc.), gemeinsame Zentren für Technologieforschung, für meteorologische Beobachtungen etc.

b) Der Mangel an Konkretheit bei der Neu-Delhi-Konferenz über die Süd-Süd-Zusammenarbeit

Haben schon die ASEAN-Staaten trotz ihres Rohstoffreichtums und ihres (an der übrigen Dritten Welt gemessen) hochrangigen Ausbildungssystems erst bescheidene Anfangserfolge erzielen

können, so hinken andere Staaten der Dritten Welt hier noch viel weiter hinterher. Auch das Problembewußtsein und die Beschäftigung mit konkreten Formen der Süd-Süd-Kooperation erscheint nicht gerade hochentwickelt.

Die dreitägige Konferenz von Neu-Delhi hat keinen konkreten Vorschlag in dem Sinne etwa, wie oben im Zusammenhang mit der ASEAN exemplifiziert, hervorgebracht. Vielmehr scheinen die Besprechungen, soweit dies aus den verfügbaren Dokumenten hervorgeht, mehr oder weniger bei Rhetorik stehengeblieben zu sein. Zwar wurden einige Vorschläge eingebracht, wie der indische Neun-Punkte- und der chinesische Fünf-Punkte-Plan, doch handelte es sich bei diesen Vorschlägen um abstrakte Richtlinien, mit denen kaum etwas anzufangen ist.

Indiens "Neun-Punkte-Programm", das von Xinhua (7) beifällig aufgenommen wurde, läuft z.B. auf folgendes hinaus: 1. Übereinkommen zum sofortigen Beginn globaler Verhandlungen, 2. erhöhte Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern, 3. Unterbrechung des gegenwärtig so einseitigen Flusses der Hilfeleistungen von den entwickelten zu den unterentwickelten Ländern, 4. Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit, 5. Bereitstellung von Finanzen zur Entwicklung von Energieressourcen in den Entwicklungsländern, 6. schnelle Verwirklichung von Plänen und regionalen Arrangements zur Erleichterung der finanziellen Lasten, die durch den gestiegenen Ölpreis entstanden sind, 7. Schaffung von finanziellen Mitteln zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit ölexportierender Entwicklungsländer, 8. Aufhebung protektionistischer Maßnahmen, 9. Entwicklung von Solidarität und kollektiver Autarkie der Entwicklungsländer.

Der chinesische Fünf-Punkte-Plan (8) schlägt vor: 1. Entwicklung eigenständiger nationaler Wirtschaften und Stärkung der kollektiven Autarkie nach den Grundsätzen der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens, 2. Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Entwicklungsländer bei der Süd-Süd-Zusammenarbeit, 3. praktische Maßnahmen zur Erreichung der Autarkie, 4. regionale, interregionale und globale Wirtschaftszusammenarbeit, 5. die Süd-Süd-Zusammenarbeit soll dazu beitragen, die Einheit der Entwicklungsländer zu stärken und sie in eine günstige Verhandlungsposition gegenüber den entwickelten Ländern zu bringen, so daß am Ende eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung herauskommt.

China betrachte die Süd-Süd-Zusammenarbeit und die Nord-Süd-Verhandlungen als zwei Seiten derselben Münze. Es fühle sich mit den Ländern der Dritten Welt solidarisch, da es ja selbst zur Dritten Welt gehöre. Die Süd-Süd-Beziehungen umfaßten zwei Komponenten, nämlich die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern und den ständigen Dialog zur Koordinierung ihrer gegenseitigen Beziehungen.

All diese Aussagen klingen schön, bieten jedoch kaum konkrete Anhaltspunkte, was kurzfristig zu tun sei. Der Vergleich mit den oben erwähnten

Regionalisierungsmaßnahmen der ASEAN macht dies besonders deutlich. Ferner zeigten sich die Teilnehmer, unter ihnen auch China, wieder einmal wenig geneigt, über Fehler im eigenen Haus nachzudenken und vielleicht auch einmal ein wenig heilsame Selbstkritik zu üben; vielmehr wurde in den Verlautbarungen wie eh und je die Schuld letztlich der bestehenden Weltwirtschaftsordnung in die Schuhe geschoben (9). Ganz gewiß ist diese Ordnung eine wichtige Ursache, doch ebenso sicher darf man auch davon ausgehen, daß die Entwicklungsländer durch ihr eigenes Verhalten eine Reihe von Nebenursachen gestiftet haben. Dies wird besonders deutlich in einem Untersuchungsbericht des indischen Birla Institute of Scientific Research, der im Juli 1981 veröffentlicht wurde. Das Institut geht davon aus, daß die in den vergangenen dreißig Jahren an Indien vergebene Entwicklungshilfe in Höhe von 250 Mrd. Rupien (nach jetzigem Kurs etwa 71 Mrd. DM) dem Land letztlich "mehr geschadet als genutzt" habe, da sie die Verzerrungen und Störungen der indischen Wirtschaft nicht etwa beseitigt, sondern sie eher noch gefördert habe. Vor allem habe Indien die drückendsten Probleme seiner Wirtschaft nicht in den Griff bekommen: Immer noch vermehre sich die Bevölkerung in beängstigendem Tempo, es fehle an Leistungswillen und Unternehmergeist und die Verwaltung sei bürokratisch und bremsend. Die an Indien vergebene Entwicklungshilfe sei regelrecht "zur Falle" geworden. Es gehe dem Land heute wie einem Süchtigen, der nach immer mehr und immer stärkeren Mitteln verlange, um den Folgen seiner Sucht zu entgehen. Indien habe u.a. häufig arbeitssparende Technologien aus den Industrieländern eingeführt, statt auf die arbeitsintensive Kleinindustrie zurückzugreifen, es habe seine Exporte nicht rasch genug steigern können und müsse daher die fehlenden Devisen durch noch mehr Auslandshilfe wettmachen. Indien habe es vorgezogen, sich von ausländischen Unterstützungsgeldern abhängig zu machen, statt auf Selbsthilfe zu setzen und habe sich eine regelrechte "Hilfspsychose" zugelegt. Entwicklungsprojekte würden fast nur noch danach beurteilt, ob für sie ausländische Hilfgelder locker zu machen seien oder nicht. Außerdem hätten sich die Gleichgewichte verzerrt: Indien baue zwar Atomreaktoren, Satelliten und Düsenjäger, doch seien 200.000 von insgesamt 576.000 Dörfern immer noch ohne Strom und Trinkwasser. Rund 200 Millionen Menschen fänden keine Arbeit.

Das Entscheidende an dem Birla-Bericht besteht darin, daß hier erstmals nicht nur den reichen Industrienationen die Leviten gelesen werden, sondern daß sich hier Angehörige der Dritten Welt an die eigene Brust klopfen.

Überflüssig zu erwähnen, daß Eigentore auf der Konferenz von Neu-Delhi nicht zur Kenntnis genommen wurden; zumindest lassen die Dokumente und Verlautbarungen nicht auf eine solche selbstkritische Diskussion schließen.

c) Ein chinesischer Beitrag? Andere konkrete Anregungen?

China hat durch seine Entwicklungs-

hilfe in Form von Kleinbetrieben (Sägewerken, Papierherstellungsbetrieben, Textilanlagen etc.), Straßenbauten, Ärzteteams und Repräsentativbauten (Stadions, TanSam-Eisenbahn) zwar praktische Modelle vorexerziert; doch fehlt diesen Ansätzen noch jene Systematik, wie sie etwa oben unter a) exemplifiziert wurde.

Einer der wenigen konkreten Vorschläge bei der Delhi-Konferenz ging nicht von China, sondern von Kuwait aus, das eine gemeinsame Investitionsbehörde der Golfländer vorschlug, deren Aufgabe es sein sollte, Joint Ventures zwischen Entwicklungsländern zu finanzieren. Überdies sollte noch eine "Agriculture Coordinating Group" zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft etabliert werden (10). Indira Gandhi schlug in ihrer Eröffnungsrede überdies eine "Technical Support Group" vor.

Immerhin scheinen sich die 45 Teilnehmerländer, - u.a. mit China - am Ende darin einig gewesen zu sein, daß "wirtschaftliche Autarkie der einzige Ausweg ist" (11). Ferner verständigten sie sich auch darüber, daß das Neu-Delhi-Gespräch erst der Anfang für eine Reihe weiterer Süd-Süd-Konferenzen sein könne. Nach dem Caracas-Aktionsprogramm müßten zehn weitere technische Treffen abgehalten werden, und zwar im Bereich der Finanzen, der Wissenschaft und Technologie, der Ernährung und Landwirtschaft, der Ressourcenenergie, des Handels und der technischen Kooperation etc. (12)

In Neu-Delhi wurde überdies -organisationsmäßig unabhängig von der Süd-Süd-Konferenz - eine Vereinbarung von Expertengruppen aus verschiedenen blockfreien Ländern über die Schaffung einer gemeinsamen Massenkommunikations- und Informationsinfrastruktur vereinbart. Durch ein gemeinsames Dokumentationszentrum, durch die Koproduktion von Filmen, durch die Einrichtung von Filmfestspielen der Blockfreien Länder und durch Errichtung eigener Agenturen solle das gemeinsame Bewußtsein und das informatorische Feedback gestärkt werden (13). Die Iswestija hatte Versuche solcher Art in einem anderen Zusammenhang als Versuch der Entwicklungsländer bezeichnet, den "Informationsimperialismus" zu durchbrechen und "telekommunikativen Diktaten" der Industrieländer zu entgehen. In der Tat handelt es sich hier um einen der vielen (oben im Rahmen der ASEAN-Diskussion als Punkt vier erwähnten) Schritte, die getan werden müßten, wenn die Süd-Süd-Länder wirklich mehr Aktionsfreiheit gewinnen und auf eigenen Beinen stehen wollen.

Doch zurück zu China: Die Regierung der Volksrepublik spendete bisher zwar noch jeder Regionalisierung eifrig Beifall, doch wird hierbei immer noch das politische (i.allg. antihegemonistische) Element stärker hervorgehoben als die praktische wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dies ist bei der Bewertung der ASEAN oder einer potentiellen "Südasiatischen Gemeinschaft" nicht anders als etwa bei dem Urteil über die EG. In jüngster Zeit gab es in Afrika ein Beispiel für einen Zusammenschluß, der auch wirtschaftliche Auswirkungen haben dürfte, nämlich

den Senegambischen Bund, der durch Konföderierung der beiden bisher selbständigen Staaten Senegal und Gambia Ende 1981 zustande kam. Irrendwelche wirtschaftlichen Analysen anhand dieses Beispiels wurden von der chinesischen Presse nicht angestellt, obwohl sie auf dieses Thema häufig einging.

In einer längeren Analyse, die für das Ausland gedacht war (14) preist China, was die Entwicklung der einzelnen Volkswirtschaften anbelangt, indirekt sein eigenes Modell an. Dies geschieht dadurch, daß einzelne afrikanische Staaten gelobt werden, die ähnliche Strukturformen durchgeführt haben, wie die Volksrepublik selbst. Niger habe z.B. ein System der Verbindung von staatlicher Landwirtschaft mit Kleinbauernbetrieben eingeführt. Die Regierung von Niger schließe über landwirtschaftliche Organisationen Verträge mit den Bauern ab. Zaire habe beschlossen, seine Staatsfarmen in Privatfarmen zu verwandeln. Mali ermutige Einzelwirtschaften, mittelgroße und kleine Farmen zu errichten, und habe die Gründung einer Landwirtschaftlichen Entwicklungsbank bekanntgegeben. Überall würden freie Getreidemarkte eingerichtet und die Bauern ermutigt, ihre Produktion zu steigern. Die Regierungen Somalias, Ägyptens, Togos, Benins und anderer Länder garantierten "vernünftige Preise" für den Aufkauf von Getreide, und viele Länder hätten ihre "radikale Politik der Nationalisierung" (sic!) geändert und ihr Wirtschaftssystem so ausgerichtet, daß der privaten Initiative bei gleichzeitiger Entwicklung staatlicher Aufsichtsmechanismen weiter Raum bleibe. Gegenüber dem Ausland gelte eine Politik der offenen Tür. Die Regierung Guineas habe nach und nach staatliche Unternehmen in Unternehmen mit Eigenverantwortung (d.h. für Gewinn und Verlust) umgewandelt. 1981 habe die Regierung beschlossen, die meisten der unwirtschaftlich arbeitenden Staatsbetriebe zu schließen und private Geschäfte wieder zuzulassen. Auch hätten verschiedene afrikanische Staaten damit aufgehört, Wirtschaftsunternehmen, die nicht den eigenen Staatsangehörigen gehörten, kurzerhand zu beschlagnahmen. "Ausländischen Kapitalisten" sei es neuerdings wieder erlaubt, in den Bergbau, in industrielle und in kommerzielle Unternehmen zu investieren. Die tansanische Regierung habe materielle Prämien eingeführt, und in vielen Staaten arbeite man an der Rekonsolidierung der Institutionen durch Kampf gegen Mißmanagement, Korruption, Schmuggel, Preistreiberei und Spekulation.

Im Grunde genommen berichtet China hier über sich selbst. All diese Vorschläge sind freilich keine Beiträge zur Süd-Süd-Kooperation, sondern schaffen dafür allenfalls die rudimentärsten Voraussetzungen, insofern sie Fingerzeige für die Rekonsolidierung von Volkswirtschaften im nationalen Rahmen geben.

Während hier China auf der einen Seite den Eindruck erweckt, als erblicke es für Afrika Licht am Ende des langen dunklen Tunnels bisheriger ökonomischer Erfolglosigkeit, tischt es in anderen Afrika-Analysen Prognosen auf, die sich an Pessimismus wohl kaum noch übertreffen lassen. In einer

breitangelegten Studie von Li Qiling (15) werden vor allem vier Mangelerscheinungen hervorgehoben, nämlich - erstens das langsame Entwicklungstempo niedriger Pro-Kopf-Nationaleinkommen der afrikanischen Staaten. Zwischen 1960 und 1975 hätten nur neun afrikanische Länder eine relativ hohe wirtschaftliche Wachstumsrate (zwischen 5,8 und 6,9% pro Jahr) erreicht. Dabei habe es sich bezeichnenderweise u.a. um die vier ölexportierenden Länder Algerien, Gabun, Libyen und Nigeria gehandelt. Das Pro-Kopf-Nationaleinkommen ist nach Angaben der Weltbank in diesen Ländern bis 1977 immerhin auf 400 US\$ angewachsen. Die anderen 22 afrikanischen Länder jedoch mußten sich zwischen 1960 und 1975 mit einem durchschnittlichen wirtschaftlichen Jahreswachstum von nur 1,4% und mit einem Pro-Kopf-Nationaleinkommen zwischen 100 und 300 US\$ begnügen.

- Ferner werden niedriger Entwicklungsstand der Industrie, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung hervorgehoben. Nach den UNIDO-Kriterien gilt ein Land erst dann als industrialisiert, wenn seine Erzeugungsindustrie mindestens 30% des gesamten Wertes der inländischen Produktion erreicht. Heutzutage lägen nur wenige Länder über diesen 10%, wobei es sich vor allem um Produktionen im Bereich von Leicht-, Nahrungsmittel und Textilindustrie handelt. Die rückständige Industrie habe Arbeitslosigkeit zur Folge - in manchen Ländern bis zu 45% der arbeitsfähigen Bevölkerung.

- Drittens bleibt die Getreideerzeugung hinter dem Bevölkerungswachstum zurück: Während die Bevölkerung laufend wachse (1975-1980: +2,7%), gehe die Getreideproduktion laufend zurück (z.B. 1970-1977: +1,3%). Lag der afrikanische Getreideproduktionsindex pro Kopf 1970 bei 100, so lauteten die Relationen später 1972: 95, 1975: 91 und 1977: 90.

In manchen Ländern sei die Zuwachsrates bereits über 3% gestiegen, in Kenia bis auf 3,9%. Schuld an dieser Bevölkerungsexplosion seien Frühheirat, Polygamie, Großfamiliendenken, familiäres Sozialfürsorgedenken, religiöse Vorurteile gegen Familienplanung, Erziehungs- und Mangel an Geburtenkontrolle (16).

- Viertens steige das afrikanische Zahlungsbilanzdefizit im internationalen Handel in erschreckendem Ausmaße. 1965 hätten die Auslandsschulden der afrikanischen Länder 7 Mrd. US\$, 1979 bereits 42 Mrd. betragen. Die Länder müßten laufend neue Schulden machen, um die alten zu bezahlen, ein Fünftel ihres jährlichen Exportvolumens fließe in die Schuldentilgung. Auf diese Weise wachse gleichzeitig auch die Abhängigkeit der afrikanischen Länder von den kapitalistischen Staaten.

Man muß zugeben, daß diese Analyse scharfsinnig vorgetragen wurde. Gerade angesichts der Brisanz, zu der sich die Probleme zuspitzen, hätte man aber eigentlich von China bei der Neu-Delhi-Konferenz konkretere Vorschläge erwarten dürfen.

4. Eine versäumte Gelegenheit

Im Zusammenhang mit den ASEAN-Län-

dern wurde oben rund ein Dutzend von konkreten Möglichkeiten der Süd-Süd-Kooperation dargelegt. Hätten die 45 in Neu-Delhi versammelten Regierungen den einen oder anderen dieser Wege einer Prüfung für wert befunden, so könnte man wenigstens von einem beginnenden Kooperationsbewußtsein sprechen, selbst wenn die Beteiligten dann am Ende von einer praktischen Umsetzung Abstand genommen hätten. Was den außenstehenden Beobachter so nachdenklich macht, ist die Tatsache, daß praktisch nicht eine einzige der immerhin möglichen Kooperationsformen auch nur andiskutiert wurde. Waren die immerhin vier Dutzend beteiligten Länder der Dritten Welt nicht genügend vorbereitet oder waren sie so völlig abgeneigt, konkrete Formen der Zusammenarbeit auch nur ins Auge zu fassen? Auch China muß sich eine solche Frage gefallen lassen - jenes China, das heute mitten im Modernisierungsprozeß steht und ganz gewiß mehr an Kontakten mit den Industrieländern als mit Entwicklungsstaaten der Dritten Welt interessiert ist. Mit schönen Worten allein oder mit wohlklingenden, aber letztlich doch unverbindlichen Prinzipien in Form von "fünf" oder "neun Punkten" läßt sich eine Selbstorganisation der Länder der Dritten Welt wohl kaum verwirklichen.

Neu-Delhi wäre eine Chance für die Dritte Welt gewesen, einmal nicht nur über "Kolonialismus und Neokolonialismus" zu klagen, sondern sich Gedanken über kollektive Selbsthilfe und kollektive Autarkie zu machen. Diese Gelegenheit wurde aber nicht einmal in Ansätzen genutzt. Bleibt wieder nur die Hoffnung auf Anschlußkonferenzen, die teuer sind und am Ende vielleicht wieder nicht mehr hervorbringen als schöne Erklärungen.

Anmerkungen:

- 1) So u.a. XNA, 26.2.82.
- 2) C.a., August 1981, S.507-512 (508 f.).
- 3) Näheres C.a., Oktober 1981, Ü 8.
- 4) BRu 1981, Nr.44, S.10 f.
- 5) BRu 1981, Nr.43, S.12-15 (14).
- 6) BRu 1981, Nr.44, S.17 f.
- 7) XNA, 23.2.82.
- 8) XNA, 23.2.82.
- 9) So z.B. RMRB, 22.2.81.
- 10) XNA, 26.2.82.
- 11) XNA, 23.2.82.
- 12) XNA, 25.2.82.
- 13) Radio Neu-Delhi in SWB, 2.3.82.
- 14) BRu 1982, Nr.4, S.9 f./30.
- 15) BRu 1981, Nr.48, S.24-27.
- 16) XNA, 17.7.81.